Nr. 166 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 22. Juli 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien e mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 4[1]. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 7. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Ausnahmezustand in Preußen

Dr. Bracht als Reichskommissar eingesetzt — Die Preußenregierung abgesetzt — Protest an den Staatsgerichtshof Polizeipräsident Grzesinski verhaftet — Protest der Sozialdemokratie

Das Ende des Reichs?

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die Regierung Schleicher—Papen vollkommen in die Abhängigkeit Hitlers geraten ist, so hat sie durch die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen bewiesen, daß sie Gefangene des Braunen Hauses in München ist. Zunächst gilt es, Nerven zu behalten und die Dinge mit aller Ruhe abzuwarten, denn noch besteht Deutschland nicht aus Berlin und Preußen allein, sondern im Reichsrat und den Länderregierungen hat man auch noch etwas zu sagen, selbst wenn man bereits die Reichswehr eingesetzt und den Ausnahmezustand erklärt hat, dessen Ausdehnung noch abzuwarten ist. Schlimmer, als die Ereignisse in Deutschland selbst, wird die Wirkung im Auslande sein und man wird sich kaum in Berlin einbilden dürfen, daß die Dinge so ruhig verlaufen werden, denn nach unserer Ansicht, hat die Reichsregierung durch die Bevormundung Preußens und die Beseitigung des jetzigen Ministeriums selbst den Bürgerkrieg und alle seine Folgen hervorgerufen. Der erste Schritt zum Bürgerkrieg war die Freigabe der Straße gegen die Nazibanditen, dann das Versagen gegenüber dem Terror dieser nationalistischen Prätorianer und schließlich das Verbot der Demonstrationen, welches man den „ersten Schritt" zur Beruhigung genannt hat, indessen aber auf Befehl Hitlers jetzt der Ausnahmezustand eingesetzt hat. Aus der Fülle des Materials mögen unsere Leser die Ereignisse selbst verfolgen, sie reichen nicht aus, um sich ein objektives Bild zu machen, aber eines muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß, wenn die Regierung nicht einlenkt, diese Maßnahme der von Papen und Schleicher, die Auflösung des Reiches bedeutet, weil man weder in Bayern, noch in Sachsen und den übrigen Südstaaten geneigt sein wird, sich der Berliner Diktatur zu unterwerfen und noch ist die Arbeiterklasse stark genug, um diesem Spuk ein Ende zu bereiten.

Die ganze Verantwortung fällt auf die Reichsregierung und nicht zuletzt auf den Reichspräsidenten von Hindenburg, der die Aktion seiner Hintermänner nicht mehr überprüfen kann und sich über die Folgen keine Rechenschaft abgelegt hat. Man vergegenwärtige sich, daß seit Wochen die nationalsozialistische und die reaktionäre Presse nach dem Reichskommissar ruft, weil sie in Preußen den Widerstand gegen ihre machtpolitischen Ziele sieht. Man konnte den Nationalsozialisten das Demonstrationsverbot nur dadurch schmackhaft machen, daß man die Polizeigewalt auflöste oder besser gesagt, sie unter Militäraufsicht stellte und siehe, was die Nazis im Landtag gefordert haben, daß der Polizeipräsident eingesperrt werden soll, hat die Reichsregierung erfüllt, sie hat Grzesinski eingesperrt, weil dieser diesem Rechtsbruch gegenüber Preußen nicht mitmachen wollte, sondern nur den Befehlen der geschäftsführenden Preußenregierung sich unterstellte, die von Papen als dem neuen Reichskommissar für Preußen abgesetzt wurde und das wiederum mit Gewalt. Jetzt wird es sich zeigen, ob die Regierung noch die Verfassung innehalten wird, denn Preußen und Bayern rufen zunächst den Staatsgerichtshof an, der über die Unrechtsmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung entscheiden soll. Der preußische Innenminister ist gleichfalls der Gewalt gewichen und wurde von seinem Posten mittels der Reichswehr abgesetzt, die Ministerien in Preußen sind geschlossen und von der Reichswehr besetzt. Eine Maßnahme, die unverständlich erscheint, wenn die Regierung selbst noch freie Hände hat. Denn der letzte, der die Regierung „energisch" gewarnt hat, war der Landtagspräsident Kerrl, der den Reichskommissar forderte, obgleich der gleiche Kerrl die Bildung der neuen Preußenregierung sabotierte, weil man immer noch glaubt, daß am 31. Juli die Mehrheit der Reaktion siegen und so zwangsläufig die Demokratie beseitigt wird.

Diese Vorgänge sind als nichts anderes, als ein Staatsstreich der Reichsregierung gegen Preußen, zu bewerten. Die nächsten Stunden schon müssen lehren, ob man nun das Recht und die Verfassung achten oder, mittels dieser Militärgewalt, die Nazis ans Ruder bringen wird. Das Letztere ist der Bürgerkrieg mit allen seinen unabsehbaren Folgen, wenn die Reichsregierung nicht einlenkt. Man wird ihr, trotz der „Größe dieser nationalen Tat", schon in Genf sagen, daß dieser Akt der erste zu einem neuen Krieg für ganz Europa ist und daß die Währung fallen und ein neues Chaos in Deutschland, durch die Unfähigkeit der Papen-Schleicherregierung, hervorgerufen wurde. Schon regen sich die Arbeiter und rufen zum Generalstreik, während die Gewerkschaften zur Ruhe ermahnen, um nicht der Militärdiktatur Gelegenheit zu geben, unter Druck der Nationalsozialisten, ein Blutbad anzurichten. Unter diesen Umständen sind die Reichstagswahlen in Frage gestellt, denn ihr Ausgang ist nicht zweifelhaft und, was dann mit dieser Reichsregierung geschieht, darüber braucht man wohl kaum zu zweifeln. Wir wiederholen, jetzt heißt es, Nerven behalten, die Dinge sind keinesfalls so schlimm, wie die Nachrichten lauten, denn auf diese Ereignisse war man sowohl in der Preußenregierung, als auch in den übrigen Länderregierungen, vorbereitet, und auch die organisierte Arbeiterschaft weiß, woran sie ist. Die Größe der Gefahr wollen wir nicht unterschätzen, aber auf den Spitzen von Bajonetten kann man Deutschland nicht regieren, das werden die nächsten Tage beweisen. Mit dem Ausnahmezustand in Preußen hat sich die Reichsregierung nur selbst ihr Ende vorbereitet, denn das Vorgehen gegen Preußen findet in der Reichsverfassung keinerlei Rechtsgrundlagen, über die man eigentlich auch nicht mehr zu streiten braucht, weil sie durch die Einsetzung der Reichswehr, außer Kraft gesetzt wurde. Die Preußenregierung selbst hat gezeigt, daß sie mit den Putschisten nicht verhandelt, sie hat Papen als Reichskommissar für Preußen abgelehnt, und wollte dieser nicht als politischer Hanswurst vor Hitler erscheinen, so mußte er zu diesem Staatsstreich greifen, denn sonst würde es mit der Reichsregierung so gehen, was sie gegenüber Preußen vollzogen hat.

Man ist geneigt, die Vorgänge in Deutschland jetzt mit dem faschistischen Putsch in Rom zu vergleichen. Warten wir ab, wie sich die Dinge entwickeln werden, Deutschland ist nicht Italien, und wenn man das Ende des Reichs will, so ist der Ausnahmezustand gegen Preußen der erste Schritt dazu. Den Baronen und Freiherrn, sowie der gesamten Generalität im Reich, bleibt es vorbehalten, ein zweites 1918 zu erleben, aber man soll sich in diesen Kreisen nicht täuschen, daß ihnen dieser Putsch so leicht bekommen wird, wie dies 1918 der Fall war. Die Arbeiterklasse Deutschlands weiß, was sie an der Republik zu verlieren hat, darum wird sie diesen Posten, wie schon durch die Sozialdemokratie angekündigt, bis auf den letzten Blutstropfen verteidigen. Die ganze Schwere der Verantwortung aber fällt auf Hindenburg und seine Berater, der von den gleichen demokratischen Kreisen gewählt ist, gegen die er jetzt den Ausnahmezustand erklärt hat.

Bracht Reichskommissar in Preußen

Berlin. Reichskanzler von Papen empfing Mittwoch vormittag 10 Uhr die preußischen Minister Hirtsiefer und Severing. Im Verlaufe der Unterredung teilte der Reichskanzler mit, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, den bisherigen Oberbürgermeister von Essen, Bracht, zum Reichskommissar in Preußen einzusetzen, und zwar auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung.

Severing weicht nur der Gewalt

Berlin. Oberbürgermeister Bracht traf wenige Minuten nach 16 Uhr im preußischen Ministerium des Inneren Unter den Linden ein und begab sich in das Amtszimmer des Ministers Severing. Die Unterredung zwischen Severing und Bracht dauerte etwa 15 Minuten. Severing erklärte wiederum, er sehe das Vorgehen der Reichsregierung als verfassungswidrig an und lehne es ab, die Geschäfte zu übergeben. Er weiche nur der Gewalt. Bracht verließ daraufhin sofort das Gebäude des preußischen Innenministeriums.

Grzesinski, Weiß und Heimannsberg verhaftet

Berlin. Grzesinski, Dr. Weiß und Heimannsberg wurden nach ihrer Verhaftung nach Moabit in die Offiziersarrestanstalt gebracht. Nach der Uebernahme der Geschäfte im Polizeipräsidium begab sich der neue Polizeipräsident Melcher und der neue Kommandeur der Schutzpolizei, Polizeioberst Pothen, in die Polizeiunterkunft in der Prinz-Friedrich-Karlstraße, um dort das Kommando über die Schutzpolizei zu übernehmen. Die Uebernahme erfolgte programmäßig.

Die Verhaftung der früheren Polizeimachthaber in Berlin erfolgte durch Hauptmann Hauffe und 12 Mann von der Reichswehr.

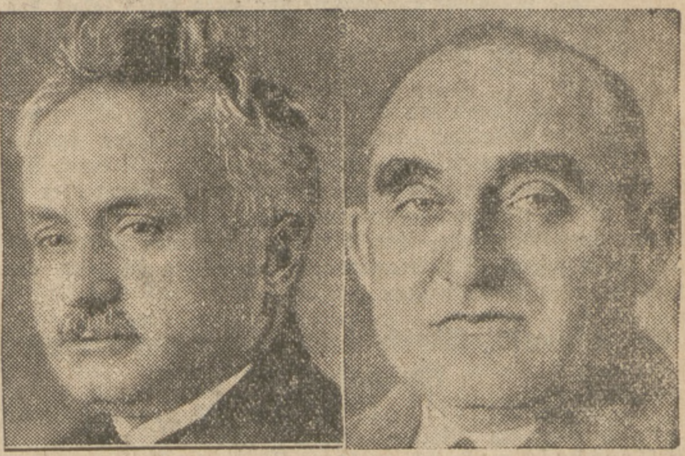
Schreiben Brauns an Papen

Berlin. Der seines Amtes enthobene Ministerpräsident Dr. Braun hat an Reichskanzler von Papen ein Schreiben folgenden Wortlauts gerichtet:

„Mit Schreiben vom 20. Juli 1932 teilen Sie mir mit, daß der Herr Reichspräsident Sie zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt habe und daß Sie als solcher mich meines Amtes als preußischer Ministerpräsident entheben. Gleichzeitig soll das Amtsgebäude des Staatsministeriums militärisch besetzt worden sein, um mir im Falle einer Weigerung die Wahrung meiner Amtsgeschäfte unmöglich zu machen.

Nach meiner Auffassung entbehren diese Maßnahmen jeder rechtlichen Grundlage.

Ich bitte daher ergebenst, mir mitteilen zu wollen, welche Gründe Sie, Herr Reichskanzler, zu diesem Vorgehen veranlaßt haben und auf welche Bestimmungen der Verfassung und des Gesetzes Sie sich dabei stützen."



Links: **Severing**, der durch die Reichswehr abgesetzte preußische Innenminister. — Rechts: Polizeipräsident **Grzesinski.**

Wie es kam

Berlin. Um 10 Uhr vormittag hatte der Reichskanzler die preußischen Minister Severing, Hirtsiefer und Klepper zu sich gebeten, um ihnen die Verordnung des Reichspräsidenten und die Enthebung des Ministerpräsidenten Braun und des Innenministers Severing mitzuteilen. Er unterrichtete sie gleichzeitig von den an den früheren Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, erteilten Auftrag zur Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Ministers. Auf das Ersuchen, diesen sein Amt zu übergeben, weigerte sich der bisherige preußische Innenminister Severing mit der Begründung, er bezweifle das verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung, und er werde nur der Gewalt weichen. Der Reichskanzler erwiderte, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Staatsgerichtshof zu prüfen habe, aber einstweilen eine mit den Unterschriften des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vorliegende Verordnung rechtsgültig sei.

Daraufhin wurde der Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt. Inhaber der vollziehenden Gewalt ist der Wehrkreiskommandeur General von Rundstedt; ihm untersteht auch die Polizei in Berlin und Brandenburg.

Im Zusammenhang mit den Notmaßnahmen der Reichsregierung wird betont, daß die verfassungsmäßige Selbständigkeit des Landes Preußen und seiner Regierung in keiner Weise angetastet werden solle.

Severing seines Amtes enthoben

Berlin. Im Gebäude des preußischen Innenministeriums Unter den Linden erschienen um 20,10 Uhr der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, sowie der Berliner Polizeipräsident Melcher und ein Polizeihauptmann. Die Herren suchten den bisherigen preußischen Innenminister in seinem Amtszimmer auf. Dr. Bracht ersuchte Severing, die Amtsgeschäfte abzugeben. Darauf wiederholte Severing seine bekannte Erklärung, daß er gegen eine solche Maßnahme Einspruch erheben müsse und im übrigen nur der Androhung von Gewalt weiche. Daraufhin wurde ihm diese Gewalt angedroht, woraufhin sich Severing in sein Privatzimmer im Ministerium begab. Damit war Severing seiner Amtsgeschäfte enthoben.

Auch der Rest der preußischen Minister ihrer Aemter enthoben

Berlin. Das Reichskabinett trat um 18 Uhr zu der vorgesehenen Sitzung zusammen. Auf Grund der Tatsache, daß die preußischen Minister insgesamt eine Weiterarbeit unter Papen verweigert haben, hat Herr von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen sämtliche preußischen Minister ihrer Aemter enthoben.

Das preußische Kabinett ruft den Staatsgerichtshof an

Berlin. Die alte preußische Regierung nimmt zu den heutigen Vorgängen wie folgt einstimmig Stellung:

Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht, nach Ansicht der preußischen Regierung, der Reichsverfassung:

1. weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt,

2. weil die Einsetzung keine „nötige Maßnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ ist,

3. weil die Einsetzung vielmehr andere Zwecke verfolgt.

Die preußische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheid den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragen.

Soweit auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichskommissar in Artikel 17 der Reichsverfassung eingegriffen wird (z. B. durch Absetzung von Ministern oder Ernennung neuer Minister) oder in Artikel 63 der Reichsverfassung (wonach die Länder im Reichsrat nur durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden), so wird die preußische Staatsregierung einen solchen Eingriff als ungültig und nicht vorhanden ansehen.

Grzesinski, Weiß und Heimannsberg freigelassen

Berlin. Grzesinski, Weiß und Heimannsberg wurden am Mittwoch abend gegen 21 Uhr wieder in Freiheit gesetzt, nachdem sie einen Revers unterschrieben hatten, daß sie auf die Fortführung ihrer Amtsgeschäfte verzichten.

Die Druckerei der „Roten Fahne“ geschlossen

Berlin. Wegen Drucklegung zum Generalstreik auffordernder Flugblätter in der Druckerei der „Roten Fahne“ ist in der Nacht zum Donnerstag die Druckerei der „Roten Fahne“ polizeilich geschlossen worden.

Ein Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes

Berlin. Am Mittwoch abend wurde in Berlin eine Sonderausgabe des „Vorwärts“ verteilt, die einen Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes an die Partei enthält. Darin wird erklärt,

daß der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen sei.

Es liege beim deutschen Volke, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der Nationalsozialistischen Partei entstanden sei. Die Organisationen seien in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin sei mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite sei Widerstand zu leisten.

England und Frankreich zu den Reichsereignissen

Erste Tatarennachrichten und Kopflosigkeit

London. Die Ereignisse in Deutschland werden von der Londoner Tagespresse in großer Aufmachung mit Ueberschriften wie „Europäische Bombe“, „Standrecht in Berlin“ oder „Triumph Hitlers“ gebracht. Der konservative „Evening Standard“ erklärt, daß noch keine Regierung in Deutschland solche weitgehenden Vollmachten besessen habe, wie sie nunmehr dem Reichskanzler übertragen worden seien. Der liberale „Star“ schreibt, daß keine politische oder soziale Gruppe in Deutschland stark genug sei, einer solchen Machtkonzentration Widerstand zu leisten. Dr. Nowak von der Eisernen Front hat den Berliner Vertreter des „Evening Standard“ beauftragt, die englische Oeffentlichkeit in folgender Form über die Ereignisse in Deutschland zu unterrichten: Die Republikaner sind zu energischen und weitgehenden Vorgehen bereit. Jetzt oder nie. Wir müssen und wollen die Republik verteidigen. Ein Generalstreik ist die „beste und unvermeidliche Waffe“. Eine starke Abteilung von Republikanern marschieren nach dem preußischen Innenministerium, um Severing vor der Verhaftung zu beschützen.

Paris. Die Betrauung des Reichskanzlers mit den Geschäften eines Reichskommissars in Preußen sowie die Erklärung des Ausnahmezustandes werden in der französischen Oeffentlichkeit und Presse mit größtem Interesse verfolgt. Die französische Presse

nimmt eine mehr oder weniger feindliche Einstellung gegenüber der Reichsregierung ein und wirft ihr vor, lediglich einem Druck Hitlers und Hugenbergs nachgegeben zu haben.

„Paris Soir“ betrachtet die letzten Ereignisse von außenpolitischem Standpunkt aus und erklärt,

das Ausland dürfe der Entwicklung der innerpolitischen Lage in Deutschland nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Die nationalistische Libertee macht die französische Regierung für die Ereignisse in Deutschland mit verantwortlich, weil sie angeblich durch ihre Nachgiebigkeit den Nationalismus geschützt habe.

Der Aufruf der Gewerkschaften

Berlin. Der ADGB veröffentlicht folgende Erklärung:

„Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. 7. geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße, noch irgend eine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, 20. Juli 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
Deutscher Beamtenbund.

Eiserne Front fordert auf, Ruhe zu halten

Berlin. In der neunten Abendstunde wurden in der Berliner Innenstadt von der Kampfleitung Berlin der Eisernen Front Flugzettel folgenden Inhalts verteilt: „Die Organisationen der Eisernen Front sind zu einer Sitzung zusammengetreten, um die notwendigen Maßnahmen gegen die von der Regierung Papen geschaffene Lage in Preußen zu treffen. Nur die von den Organisationen der Eisernen Front herausgegebenen Parolen werden befolgt. Haltet Disziplin. Laßt euch nicht provozieren. Jetzt muß jeder wirkliche Kämpfer die Nerven behalten. **Provokateure verteilen unter Mißbrauch des Namens der Eisernen Front Flugblätter, worin sie zum Generalstreik auffordern. Stellt diese Provokateure fest.“**

Franz Bracht

Berlin. Oberbürgermeister Bracht, der im 55. Lebensjahr steht, hat Rechtswissenschaft studiert und war zunächst Staatsanwalt in Essen und Hamm. Von 1911 bis 1918 war er als Regierungsrat im Reichsversicherungsamt tätig. Dann wurde er als vortragender Rat in das Reichsamt des Innern berufen. Im Jahre 1919 wurde er Ministerialdirektor im preußischen Wohlfahrtsministerium und Anfang Dezember 1923 berief ihn Reichskanzler Marx zum Staatssekretär der Reichskanzlei. Bis dahin war Bracht, der als Anhänger und Freund Stegerwalds galt, politisch nicht hervorgetreten. Im Jahre 1924 übernahm Bracht, der, wie er damals erklärte, dem Zentrum nahesteht, das Oberbürgermeisteramt der Stadt Essen.

Bayrische Regierung legt Rechtsverwahrung ein

München. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird die bayrische Staatsregierung beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler eine Rechsverwahrung gegen die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen einlegen, weil sie eine solche Maßnahme für verfassungsrechtlich unzulässig erachtet. Sie wird gleichzeitig ihren Rechtsstandpunkt vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zum Ausdruck bringen.

Ruhe in Deutschland

Berliner Blätter zu den Mittwochereignissen.

Berlin. Zu der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und zu der Absetzung aller preußischen Minister nehmen eine Reihe Berliner Blätter am Donnerstag früh noch einmal eingehend Stellung. Die „Germania“ schreibt in einem

„Der Stein rollt“

überschriebenen Artikel u. a.: Das sei ein Weg verfassungswidriger Experimente, von dem man nicht wisse, ob er auch wieder zurückführe oder ob er nicht schließlich in noch gefährlicheren Experimenten enden werde. Was die Regierung jetzt begonnen habe, das sei keine Ordnungsmaßnahme,

sondern ein militärisch-politischer Akt,

der zur Erreichung innerpolitischer Ziele bestimmt sei. Daß bei dieser Aktion ebenso wie bei der aus dem Dunkeln und ins Dunkle vollzogenen Bildung des jetzigen Kabinetts ein früherer Angehöriger der Zentrumspartei führend beteiligt sei, bringe eine schmerzliche Ueberraschung. Am 31. Juli sei das ganze deutsche Volk zur Entscheidung darüber aufzurufen, ob es unter den Belagerungszustand von Militär oder von weitsichtigen politischen Führern regiert sein wolle.

Der „Vorwärts“ hebt anerkennend hervor, daß Severing nur der Gewalt gewichen sei und betont, daß der Verzicht auf Ausbrüche der Leidenschaft für die Sozialdemokratie die Verpflichtung enthalten,

den Kampf gegen den nationalsozialistischen Kurs im Reiche mit verzehnfachter Energie fortzusetzen.

Dieser Kampf könne unter den gegebenen Umständen noch als Wahlkampf geführt werden. Er werde am 31. Juli bestimmt nicht zu Ende sein und von den Verhältnissen, die sich dann ergäben, werde es abhängen, mit welchen Mitteln er weitergeführt werde.

Umfangreiche Kabinettsumbildung in Italien

Rom. Am Mittwoch hat Mussolini das gesamte Ministerium neu besetzt. Mussolini selbst übernimmt das Außenministerium und das Korporationsministerium.

Polnischer Protest in Berlin

Warschau. Wie das Regierungsblatt „Gazeta Polska“ berichtet, hat der polnische Gesandte in Berlin bei der Reichsregierung Protest gegen die Verletzung der polnischen Hoheitsrechte auf der Ostsee durch die deutsche Kriegsflotte eingereicht. Angeblich haben, wie es heißt, sieben mit Maschinengewehren bestückte Motorboote unter deutscher Flagge in polnischen Gewässern, im Putziger Wiek und 2½ Meilen von Hela entfernt, Uebungen veranstaltet.

Von Hanns Gobsch

Wahn-Europa 1934

82)

Der Deutsche geht erschüttert die Treppe hinunter. Ein titanischer Charakter — kreist es durch seine Gedanken — der sich an die Wolken eines fernen Himmels ankrallt, während sich unter seinen Füßen das Erdreich aufspaltet. Ueberall hat das italienische Land schon Risse, durch die der neue Wille heraufbricht. Ist der Duce heute nacht nicht durch die ewige Stadt gegangen? Dann hätte er Haßblicke seines Volkes gesehen! Leidenschaft der Individuen, die entschlossen schienen, nicht mehr Halbgöttern zu huldigen.

Das Auto des Deutschen bleibt nach fünfzig Metern eingerammt stehen. Rom auf der Flucht! Hunderttausende ergießen sich weinend, verzweifelnd, fluchend, gottergeben in die Nacht des freien Landes, wo sie sich sicher wähnen vor den Giftbomben der anstürmenden Ungeheuer der Luft.

Der Deutsche stöhnt seine Bitterkeit in sich hinein. Wir Menschen — grübelt er — sind für eine bessere Erde verloren. Morden... morden... letzter Beruf und letzte Berufung gottähnlicher Kreaturen...

*

Der Aufmarsch der französischen Luftstreitkräfte war in heimlicher Mobilmachung schon bei Ausbruch des Generalstreikes planmäßig vollzogen gewesen Vom Golf du Lion bis zum Pas de Calais standen die französischen Luftarmeen zur Abwehr und zum Angriff bereit.

Die 1. Armee, in drei Gruppen im Gebiet von Marseille, an der unteren Durance und bei Grenoble versammelt, bestand aus achthundert Kampffliegern und Aufklärern. Sie hatte die Aufgabe, italienische Ivasionsgeschwader anzugreifen und zu vernichten.

Die 2. Armee, als „Invasionsarmee“ bezeichnet, war dazu bestimmt, die Bombenangriffe auf das italienische Landesgebiet durchzuführen. Sie gliederte sich in drei Gruppen:

Die erste Gruppe, zweihundertdreißig Kampfflieger und zweihundert Bombenflugzeuge, war auf Korsika zusammengezogen. Sie sollte Rom und Florenz und die Eisenbahnen in Mittelitalien zerstören.

Die zweite Gruppe, an der unteren Rhone, zählte vierhundert Kampfflugzeuge und dreihundertsechzig Bombenflugzeuge; sie hatte die wichtigste Aufgabe: die Verwüstung Genuas und der westlichen Po-Ebene. Der Befehl für diese Gruppe lautete in kategorischer Form: „In Genua und im Gebiet des Po-Laufes muß menschliches Leben aufhören!“

Die dritte Gruppe der Invasionsarmee lauerte mit zweihundert Kampffliegern und hundersiebzig Bombenfliegern zwischen Valence und Grenoble; sie sollte den Angriff über die Alpen gleichfalls in die Po-Ebene tragen, besonders auch Mailand vernichten.

Eine Spezialgruppe stand noch bei Annecy mit dreißig Kampffliegern und fünfzehn Bombenfliegern, mit dem Auftrag, die wichtige Bahn Trient—Brenner zu zerstören.

Hinter der Invasionsarmee war die Deckungsarmee aufmarschiert. Sie war mit sechshundertzwanzig Kampffliegern und Aufklärern in der Linie Montpellier-Montelimar-Lyon versammelt; sie hatte etwa durchbrechende feindliche Geschwader abzufangen.

An der oberen Loire stand noch eine Reserve von zweihundert Bombenflugzeugen und zweihundertsiebzig Kampfflugzeugen.

Im Elsaß zwischen Mühlhausen und Straßburg wartete eine Gruppe von dreihundert Bombenfliegern und vierhundertzwanzig Kampffliegern auf das Signal zum Einbruch nach Süddeutschland und Oesterreich. Weiter nördlich, entlang der deutsch-französischen Grenze, weitere fünfhundert Maschinen. In Belgien schlossen sich die Verbündeten mit achthundert Fliegern an.

Zweitausend Kampfflieger waren über ganz Frankreich verteilt, um die örtliche Luftabwehr zu unterstützen. Viertausend Flugzeuge waren dem Landheer und der Marine zugeteilt.

*

Zwölf Uhr vierzig nachts erhielt das Hauptquartier der Luftstreitkräfte die Funkmeldung aus Nizza, daß mehrere italienische Flieger Mentone bombardierten. Ohne Weisung aus Paris abzuwarten, hatte der Oberkommandierende dreißig Kampfflieger an die Riviera vorgeworfen. Sie stießen über Frejus mit überlegenen Feindkräften zusammen, elf Maschinen wurden abgeschossen, der Rest übers Meer gejagt.

Ein Uhr zehn traf aus Paris der Angriffsbefehl des Generalstabes ein.

Da begann die Luft über dem mondhellen Rhonbecken geisterhaft zu erzittern. Die Angriffsflotte startete! Welle auf Welle rauschte in die Mondnacht.

Voraus schoßen fünfundzwanzig unbemannte Maschinen, mit schwersten Bomben beladen: sie flogen ohne Menschenhilfe in vorher errechneter Richtung und sollten automatisch Zentner von Giftgasen über Rom und Mittelitalien regnen lassen. Diesen Geistermaschinen folgten dreißig noch schrecklichere Ungeheuer. Sie waren ebenfalls ohne Bemannung; ihr Kurs wurde radiotelegraphisch geleitet. Im französischen Hauptquartier konnte jeden Augenblick der ungefähre Standort dieser Mordmaschinen festgestellt und der Abwurf der Bomben veranlaßt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Eine „Schlacht“ zwischen zwei Gemeinden

Zwei galizische Dorfgemeinden haben einen kommunalen Zweckverband gegründet, um mit gemeinsamen Kräften ein neues Schulhaus zu erbauen. Es sind das die beiden Gemeinden: Rojowka und Skrzentla bei Neu Sandec. Die armen Kinder mußten den weiten Weg bis nach Sandec machen und das wollten die beiden Gemeinden mit vereinigten Kräften verhindern. Die Hemdsärmel wurden auch sofort hochgekrempelt und es ging mit Volldampf an die Arbeit. Die Bauern schleppten Holz, Ziegelsteine, Bretter, Kalk, Steine und sonstiges Material was man zu einem neuen Bau benötigt, herbei. Man kam überein, daß das Material in der Gemeinde Rojowka abgelagert wird, was es aber nicht bedeutete, daß an derselben Stelle die Schule erbaut wird.

Um das Baugrundstück brach leider Gottes der Streit zwischen den beiden Gemeinden aus. Die Gemeinde Rojowka bestand darauf, daß die Schule in Rojowka erbaut werde und die Gemeinde Skrzentla hätte am liebsten bei sich die neue Schule gesehen. Schließlich gab die Gemeinde Skrzentla zu, daß die Schule in Rojowka gebaut werden kann, aber nicht dort, wo die Gemeinde Rojowka den Platz ausgesucht hat, weil diese Stelle für die erst genannte Gemeinde recht ungelegen war. Eine Einigung war nicht möglich zu erzielen und daher beschloß die Gemeinde Skrzentla, den kommunalen Zweckverband aufzulösen und die Schule in eigener Gemeinde zu erbauen und die Kosten zu übernehmen. Man wandte sich offiziell an die Gemeinde Rojowka und verlangte die Auslieferung des Baumaterials, das die Gemeinde Skrzentla geliefert hat und das war die Hälfte des Baumaterials. Die Gemeinde Rojowka wollte aber von der Auslieferung des Materials nichts wissen und verweigerte die Auslieferung. Zwischen den beiden Gemeinden brach ein arger Streit aus, denn keine Gemeinde wollte nachgeben. Die Gemeinde Rojowka rief die Aufsichtsbehörde an, damit sie entscheide, aber die Bewohner der Gemeinde Skrzentla hatten sehr eilig mit dem Bau der Schule und wollten auf die Entscheidung nicht solange warten. Die Bauern traten zu einer Beratung zusammen und faßten den Beschluß, gemeinsam in die Gemeinde Rojowka einzudrängen und die Hälfte des Baumaterials mit Gewalt zu nehmen. Was beschlossen, wurde auch gleich in die Tat umgesetzt. 43 Bauern von Skrzentla spannten sieben große Wagen an und begaben sich auf den Bauplatz nach Rojowka. Man hat allerdings etwas mehr als die Hälftes von dem lagernden Holzvorrat aufgeladen und schleppte es weg. Dann bewaffneten sich die Bauern mit ordentlichen Knüppeln und Dreschflegeln und kehrten in die Gemeinde Rojowka zurück, um das andere Material aufzuladen. Die Bretter lagerten in der Scheune des Bauern Kalarus und dorthin fuhren die 7 Wagen mit den Bauern vor. Kalarus wurde ordentlich verprügelt, seine Scheune mit Gewalt aufgemacht und die Bretter aufgeladen, vorsichshalber auch die größere Hälfte, damit die Schule nicht soviel koste.

Inzwischen wurden die Bauern von Rojowka alarmiert, die sich auch sofort auf die Beine machten. Sie bewaffneten sich ebenfalls mit ordentlichen Knüppeln und Dreschflegeln und zogen gegen den „Feind“, der ihre Gemeinde überfallen hat. Sie erwischten den „Feind“, als er mit der Beute verschwinden wollte und es entspann sich eine regelrechte Schlacht zwischen den beiden feindlichen Gruppen. Es hätte sicherlich Tote und Verwundete gegeben, wenn die Polizei nicht rechtzeitig erschienen wäre. Der Gemeindevorsteher von Rojowka hat sofort nach der Polizei geschickt, als die Bauern das erste Mal mit den sieben Wagen aus Skrzentla erschienen sind und die Polizei traf glücklicherweise in demselben Moment an, als die Schlacht begann. Es hat schon in der kurzen Zeit blutige Köpfe gegeben aber die Polizei trieb die Kämpfenden auseinander.

Am schlimmsten sind die Bauern der Gemeinde Skrzentla daran, die zwar die Balken und die Bretter glücklich heimgeführt haben, aber alle 43 Bauern wurden von der Polizei vernommen und sie werden sich vor dem Strafrichter wegen Landfriedensbruch zu verantworten haben. Hoffentlich werden sich die beiden Gemeinden noch in der letzten Zeit einigen und bauen die Schule gemeinsam, dann wird auch der Richter Milde üben, denn es ging doch um eine Schule.

Ein Betriebsrätekongreß im Bergbau

Gestern vormittag hat die Arbeitsgemeinschaft eine Sitzung abgehalten und befaßte sich mit der Stillegung der Ferdinandgrube als auch mit der beabsichtigten Stillegung der Schachtanlage Karmer in Nickischschacht. Es wurde der Beschluß gefaßt, für den kommenden Sonntag, den 24. d. Mts., um 10 Uhr vormittags einen Betriebsrätekongreß der Bergarbeiter nach Kattowitz einzuberufen. Die Kongreßberatungen finden im Südpark-Restaurant statt.

Der Kampf gegen die hohen Papierpreise

Die gesamte Industrie in Polen kartellisiert sich, und zwar zu dem Zwecke, um die gegenseitige Konkurrenz zu beseitigen und dann die Konsumenten auszuplündern. Wie das praktisch durchgeführt wird, haben wir gestern in einer Zuschrift aus Nikolai über die Kartellisierung der dortigen Papierfabrik C. H. Dittrich berichtet, die dem neuen Papierkartell beigetreten ist und die Papierpreise sofort um 50 Prozent erhöhte. Die Regierung hat vor einigen Wochen die Herabsetzung der Papierpreise in Polen angekündigt, was die Papierfabriken mit der Gründung des neuen Papierkartells und Erhöhung der Papierpreise beantworteten. Die Regierung wich jedoch vor dem neuen Anschlag der Papiergewaltigen nicht zurück und setzte die Zölle für Auslandspapier ein wenig herunter. Sie sprach den estländischen Papierfabriken ein Kontingent von 2000 Tonnen Papier zu, die nach Polen eingeführt werden können. Die finnländischen und schwedischen Papierfabriken haben Polen auch ein Angebot gemacht und wollen Papier nach Polen einführen. Aus Warschau wird berichtet, daß die Regierung die Absicht hat, 4000 Tonnen Papier vom Ausland nach Polen einzuführen. Auf die polnischen Papierfabriken hat das ernüchternd gewirkt. Sie haben eine Delegation zum Handelsminister geschickt, die gegen die Maßnahmen der Regierung protestierte und weisen darauf hin, daß sie schon den Preis für Zeitungspapier herabgesetzt haben. Hoffentlich wird die Regierung vor den Papiergewaltigen nicht zurückschrecken und erhält ihre Maßnahmen aufrecht. Die Ausplünderung der Konsumenten durch die kartellisierte Industrie muß endlich aufhören, denn alles hat seine Grenzen.

Abneigung gegen die Sozialisierung der Schwerindustrie

Sozialisierung und Kommunalisierung der Gruben ist „Bolschewismus“ — Kann die Sozialisierung eine Lösung der Wirtschaftskrise bringen? — Teilweise Sozialisierung der Großbanken u. der Schwerindustrie in Deutschland — Wir halten an der Sozialisierung fest

Zwischen Kommunalisierung und Sozialisierung der Industriebetriebe ist kein großer Unterschied, denn in beiden Fällen tritt die Allgemeinheit, die in kleineren bezw. größeren Verbänden zusammengeschlossen ist, auf, die ein Industriebetrieb bezw. Industriebetriebe aus den Händen eines Privatbesitzers übernimmt und sie auf Rechnung und Risiko der Allgemeinheit führt. Es kommt nicht darauf an, ob der Verband groß oder klein ist, denn nicht um die Größe des betreffenden Verbandes handelt es sich hier, zumal der Sinn die Sozialisierung selbst ist. —

Die Sozialisierung kann nur so durchgeführt werden, daß die Industriebetriebe aus dem Privatbesitz entweder enteignet oder ausgekauft

werden. Bei der Einstellung der polnischen Gesellschaft ist von einer Enteignung keine Rede. —

Man schreckt von einer Kommunalisierung einer Grube zurück, weil man das als „Bolschewismus“ betrachtet.

Die Kommunalisierung einer Grube kann

als „Sozialisierung“ in einer „milderen Form“

angesehen werden. Die Kommune ist bekanntlich auch ein Selbstverbraucher, der zum guten Teil die geförderte Kohle für den eigenen Verbrauch verwenden würde.

Viele große Kommunen sind Grubenbesitzer, waren schon Grubenbesitzer vor dem Kriege gewesen und niemanden ist es in den Sinn gekommen, das als „Bolschewismus“ anzusehen.

Die Stadt Myslowitz besitzt eine Viehzentrale, die modernste in ganz Polen, und obwohl die Viehzentrale nicht für den Eigenbedarf erbaut wurde, so ist doch niemand auf den Gedanken gekommen, das als Bolschewismus anzusehen. Selbst „Grzesikowice“ hat eine mechanische Bäckerei erbaut, und obwohl diese Bäckerei durch eine grenzenlose Mißwirtschaft zum Stillstand gekommen ist, so ist sie noch immer Eigentum der Gemeinde und niemand betrachtet die „Manna“ als eine bolschewistische Einrichtung.

Warum sollen die schlesischen Gemeinden keine Kohlengruben erwerben und Kohle fördern, um mit der Kohle sich selbst und die Ortsbürger zu versorgen?

Warum muß das als „Bolschewismus“ betrachtet und jenen Gemeinden, die Kohlengruben erwerben wollen

die undenklichsten Schwierigkeiten bereitet

werden? Selbst der Staat ist ein großer Kohlenkonsument, der größte im Inlande. Er besitzt zahlreiche Aemter, die Kohle für Heizungszwecke benötigen, er besitzt Schulen, Krankenheilanstalten, Fabriken (Chorzow, Moscice), Hüttenwerke, Munitionsfabriken, die eine Unmenge Kohle gebrauchen. Der Staat besitzt die Eisenbahn, die unendlich viel Kohle benötigt, weshalb der Staat auch eine Reihe von Gruben besitzen sollte, und zwar nicht mit den Franzosen zusammen, die über die Produktion und die Preise bestimmen, sondern eigene Gruben, die die staatlichen Unternehmungen mit Kohle zum Selbstkostenpreis beliefern würden.

Warum sollte das „Bolschewismus“ sein, wenn der Staat alle geschlossenen Kohlengruben aus den Händen der Kapitalisten auskaufen würde, um die eigenen staatlichen Betriebe mit Kohle zu beliefern. Nein, das wäre kein „Bolschewismus“, denn das ist eine praktische Notwendigkeit, die im Interesse der Allgemeinheit, der gesamten Staatsbürger gelegen ist.

Natürlich dürften die kommunalisierten und sozialisierten Kohlenwerke dem kapitalistischen Kohlenkonzern nicht angehören, sich auch in die Preise, die der Kapitalistenverband diktiert, nicht halten, sondern die Kohle an Privatpersonen unter Hinzurechnung der Gestehungskosten und mit einem kleinen Aufschlage nebst einem kleinen Nutzen verkaufen.

Man würde dadurch die kapitalistische Kohlenkonvention zu einer Preisrevision zwingen und die Kohlenkrise in Polen lösen. Die schlesische Kohlenindustrie kann jährlich gegen 40 Millionen Tonnen Kohle liefern, wird aber im laufenden Jahre kaum 18 Millionen produzieren.

Würde man in Polen den Kohlenkonsum etwa auf dieselbe Stufe, wie in der Tschechoslowakei bringen wollen, dann brauchen wir jährlich gegen 65 Millionen Tonnen Kohle.

Der Innenmarkt ist infolge der hohen Kohlenpreise nicht aufnahmefähig. Wir wollen hier keine theoretischen Aufstellungen machen, denn das ist zwecklos, wollen uns vielmehr an die Tatsachen halten. In der ganzen Wojewodschaft trachtet die Bevölkerung sich mit den

Kohlenvorräten aus den Biedaschächten

einzudecken. Diejenigen, die noch vor einem Jahre über die Qualität der Kohle aus den Biedaschächten gelacht haben, kaufen jetzt mit wenigen Ausnahmen nur diese Kohle, weil ihre Einkünfte einen höheren Kohlenpreis nicht vertragen. Wer die Kohle aus den Biedaschächten nicht bezahlen kann, der klaubt sich welche auf den Halden. In den anderen Gebietsteilen versorgt sich die Bevölkerung mit Holz oder Torf und verzichtet gänzlich auf die teure Kohle. Deshalb geht der Absatz zurück, und ein Jahr später wird die Zahl der Kohlenverbraucher derart zusammenschrumpfen, daß von einem Kohlenkonsum im Haushalt kaum noch die Rede sein wird. Die Kohle wird als Bedarfsartikel zum guten Teil ausgeschaltet. Wir können daher den Ausführungen des Herrn Chmielewski in der „Polonia“ vom 16. dieses Monats über die Sozialisierung nicht zustimmen. Der Herr Posel ist derart pessimistisch gestimmt, daß wir ihn

als Gegner der Sozialisierung ansehen müssen.

Er sagt, daß selbst wenn es gelingen sollte, einige Gruben zu kommunalisieren bezw. zu sozialisieren, dann ist von einer Besserung immer noch keine Rede, selbst wenn der Kohlenpreis von diesen Gruben um 20 bis 30 Prozent herabgesetzt werden sollte. Es stimmt nicht, wenn Herr Chmielewski sagt, daß keine Abnehmer gefunden werden, denn wir haben

genügend Beispiele, daß die billigere Kohle direkt von der Hand abgenommen wird.

Die „Kopalnia Polska“ hat Kohle zu 30 Zloty die Tonne geliefert, und das war nicht die beste Qualität, fand aber reißenden Absatz. Wenn nicht eine, sondern drei Kohlengruben kommunalisiert werden, dann finden nicht 2—3000 Arbeiter Beschäftigung, sondern 6—9000 Arbeiter, und über den Absatz werden wir mit Herrn Chmielewski weiter nicht streiten. Wir sind überzeugt, daß diese drei kommunalisierten Gruben nur einen Teil der Aufträge ausführen werden. Das ganze Gerede über dieses Thema hat gar keinen Zweck, wenn kein Versuch unternommen wird. Man soll es doch auf einen Versuch ankommen lassen, dann werden wir darüber reden können. —

Wir stimmen mit Herrn Chmielewski überein, wenn er sagt, daß es ungemein schwierig sein dürfte,

einer Gemeinde die erforderlichen Mittel für die Grubeneinrichtung und Inbetriebhaltung zu beschaffen,

aber er möge sich trösten, denn sein Projekt

über die Einsiedelung der Arbeitslosen in den östlichen Wojewodschaften ist nicht billiger und der Erfolg wohl noch viel zweifelhafter,

als bei der Kommunalisierung bezw. Sozialisierung der Industrie. Deutschland hat beide Wege zugleich beschritten und wir führen darüber eine „akademische Debatte“ und sehen zu, wie die Not des Volkes mit jedem Tage steigt, bis uns die Flut gar verschlingen wird. So wie das heute mit der Arbeitslosigkeit ist, kann es nicht weiter bleiben. Etwas wird geschehen, ob mit oder ohne den Willen der Wirtschaftslenker. Dann erst wird der „Pole nach dem Schaden klug“, aber es wird zu spät sein.

Die Staatseinnahmen gehen bedenklich zurück

Im Juni ist wiederum ein arger Rückgang der Staatseinnahmen im Vergleich zum Monat Mai zu verzeichnen. Insgesamt betrugen die Einnahmen 124,7 Millionen Zloty und sind um 22,7 Millionen geringer als im Mai. Ein großer Rückgang ist bei der direkten Steuer zu verzeichnen, da hier um 12 Millionen weniger eingenommen wurde als im Mai. Die Vermögenssteuer brachte nur 400 000 Zloty ein. Nur die Stempelsteuer weist eine Mehreinnahme von 1 Million Zloty. Die staatlichen Monopole haben um 7,9 Millionen an die Staatskasse weniger abgeliefert, als im Mai

Kattowitz und Umgebung

Um die Auflösung des Mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasiums in Kattowitz.

Wie vor einiger Zeit bekannt wurde, ist das Mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium für die deutsche Minderheit in Kattowitz aufgelöst worden, wogegen sich die Schulabteilung des Deutschen Volksbundes mit nachfolgender Beschwerde wendet:

Abschrift!

Katowice, den 19. Juli 1932.

An das

Minderheitsamt,

Katowice.

Gemäß Artikel 149 ff G. A. erheben wir nachstehende Beschwerde:

Mit Verfügung vom 12. Juli 1932, die durch Anschlag im Rathaus Katowice öffentlich bekannt gegeben worden ist, hat der Herr Schlesische Wojewode das Mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium für die deutsche Sprachminderheit in Katowice aufgelöst, da die in Art. 122 G. A. vorgesehenen Bedingungen eingetreten seien. Die Verfügung verstößt gegen Art. 121, 122 G. A.

I. Das Mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium in Katowice ist im Jahre 1924 errichtet worden. Das Gymnasium ist eine kommunale Anstalt im Sinne des Art. 121 G. A. Im Zeitpunkt der Errichtung wurde die Anstalt von 314 Schülern besucht. Infolge der hohen Anforderungen, die in den Aufnahmeprüfungen gestellt worden sind, ist ein verhältnismäßig großer Teil der angemeldeten Schüler nicht aufgenommen worden.

II. Maßgebend für die Anwendung des Art. 122 G. A. sind die Schülerzahlen in den letzten drei Schuljahren.

Das Mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium wurde besucht:

im Schuljahr 1929/30 von insgesamt 257 Schülern,
im Schuljahr 1930/31 von insgesamt 241 Schülern,
im Schuljahr 1931/32 von insgesamt 212 Schülern.

Die Schülerzahlen in den Schuljahren 1929/30 und 1930/31 sind dem uns durch den Herrn Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien übersandten Statistiken über das mittlere und das Volksschulwesen entnommen. Die Zahlen sind somit unstreitig.

Nach Artikel 122 G. A. darf die Schule geschlossen werden, wenn die Schülerzahl in drei aufeinanderfolgenden Jahren mindestens um 20 v. Hundert hinter den für ihre Schaffung vorgesehenen Zahlen zurückgeblieben ist.

Nach Artikel 118 § 1 Abs. 1 G. A. ist eine höhere Minderheitsschule zu errichten auf den durch die Erziehungsberechtigten von mindestens 300 Schülern unterstützten Antrag.

Gemäß Artikel 117 § 1 gelten als höhere Schulen im Sinne von Art. 118 ff G. A. die Schulen im Sinne der zur Zeit des Ueberganges der Staatshoheit im Abstimmungsgebiet geltenden Bestimmungen. Nach diesen Bestimmungen waren die höheren Schulen im Zeitpunkt des Hoheitswechsels neunklassig. Nach dem

Hoheitswechsel wurde das bisher neunklassige System der höheren Schulen in das achtklassige umgewandelt. Die Umwandlung des Klassensystems bringt automatisch eine Aenderung der in Artikel 118 § 1 Abs. 1 G. A. genannten Mindestzahlen mit sich und zwar vermindert sich die Zahl um die nach dem Verhältnis von 300 : 9 = 33 auf eine Klasse entfallende Schülerzahl. Die Mindestzahl im Sinne von Artikel 118 § 1 Abs. 1 G. A. für die Errichtung einer höheren achtklassigen Schule ist somit 300 — 33 = 267.

Nach Artikel 122 darf somit die Schule nur geschlossen werden, wenn die Schülerzahl in den letzten 3 Schuljahren um 20 v. Hundert geringer gewesen ist, also 267. Da die Schule aber unstreitig in den Schuljahren 1929/30 und 1930/31 von mehr als 214 Schülern besucht worden ist, sind die Voraussetzungen des Art. 122 G. A. nicht gegeben.

III. Gemäß Artikel 121 G. A. war der Herr Schlesische Wojewode verpflichtet, mit seinem ganzen Einfluß und Ansehen auf den Magistrat der Stadt Katowice einzuwirken, daß die Vorschriften der Artikel 118 ff G. A. genau beachtet werden. Der Herr Wojewode hat dagegen — ohne daß der Magistrat der Stadt Katowice zu dieser Frage Stellung genommen hat — die Schließung der höheren Minderheitsschule verfügt.

Wir erblicken hierin eine Verletzung des Artikels 121 G. A.

Wir beantragen

1. festzustellen, daß die Verfügung betreffend Auflösung des Mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasiums für die deutsche Sprachminderheit in Katowice rechtsungültig ist,
2. anzuordnen, daß der Unterricht in dieser Anstalt in dem bisherigen Umfange weiter geführt wird.

Wir bitten, die Beschwerde als besonders dringlich zu behandeln.

Der Antwort bitten wir eine deutsche Uebersetzung beizufügen.

Bei der Schlesischen Wojewodschaft haben wir Beschwerde erhoben.

Zwei Ausfertigungen liegen bei.

Der Vorstand:
gez. Janischowsky.

Schwerer Verkehrsunfall. Am gestrigen Nachmittag gegen ½4 Uhr prallte ein Krankenauto mit einer Autotaxe an der Kreuzung der Zielona-Mikolowska in Kattowitz zusammen. Die Autotaxe wurde total demoliert und mußte abgeschleppt werden. Zum Glück sind bei dem heftigen Zusammenprall Personen nicht verunglückt. Nähere Feststellungen bezüglich der Schuldfrage sind eingeleitet worden. y.

Unglücksfall in der Grünfeldschen Ziegelei. Während der Arbeit verunglückte in der Grünfeldschen Ziegelei bei Kattowitz der Arbeiter Valentin Krajewski. Derselbe trug Beinverletzungen davon und mußte in das Elisabethstift in Kattowitz geschafft werden. y.

Zuwachs im städtischen Lehrgarten. Dieser Tage wurden der städtischen Gartenbauverwaltung ein Dachs, sowie verschiedene kleinere exotische Vögel zum Geschenk gemacht, welche in den Käfigen des städtischen Lehrgartens auf der ulica Bankowa in Kattowitz untergebracht worden sind. y

Brynow. (Verhängnisvoller Sturz auf der Straße.) In den Vormittagsstunden des gestrigen Mittwochs stolperte die Halina Slawinska aus Brynow auf der Chaussee zwischen Kattowitz und Brynow über einen Bordstein und kam zu Fall. Durch den Aufprall auf das Chausseepflaster erlitt die S. einen Beinbruch. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft wurde die Verunglückte nach dem St. Elisabethstift überführt. y

---

Königshütte und Umgebung

Städtische Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues.

Die Stadtverwaltung hat, um die Bautätigkeit in der Stadt zu beleben und zu unterstützen, privaten Genossenschaften und Behörden Bauparzellen kostenlos oder zu sehr günstigen Bedingungen abgetreten, und zwar mit der Bedingung, daß die Parzellen auch innerhalb einer bestimmten Frist bebaut werden müssen. Dieser geforderte Ausgleich soll für das Entgegenkommen bezwecken, daß die Erwerber die Parzellen dem gegebenen Zweck zuzuführen und neue Häuser und Wohnungen zur Milderung der bestehenden Wohnungsnot errichtet werden. Insbesondere auf letzteres legt die Stadtverwaltung besonderen Wert. Trotz dieser Vergünstigungen wurde in der letzten Zeit die Feststellung gemacht, daß hauptsächlich die privaten Gesellschaften, aber auch die Behörden, sich an die gestellten Bedingungen sehr wenig halten oder sie zu umgehen versuchen. Um sich für die Zukunft vor solchen Fällen zu schützen, wobei Spekulationen und Transaktionen ausgeschaltet werden müssen, die sich zum Schaden der Stadt auswirken könnten, hat der Magistrat beschlossen, als Sicherung überall bei Ueberlassung von Bauparzellen das Vorkaufsrecht eintragen zu lassen. Demnach wird die Stadtverwaltung darauf achten, daß die Baugenossenschaften allen ihren Verpflichtungen restlos nachkommen müssen, anderenfalls ihnen die zugewiesenen Bauparzellen wieder abgenommen werden. m.

Freitodversuch. In der Wohnung versuchte der Franz St., von der ulica Pudlerska, durch Gasvergiftung seinem Leben ein Ende zu bereiten. Zum Glück wurde der ausströmende Gasgeruch von den Hausbewohnern bemerkt. Sofortige Hilfe setzte den Lebensmüden außer Gefahr. Der Grund zur Tat wird wirtschaftliche Not angegeben. m.

Schlägerei im Gerichtsraum. Am gestrigen Vormittag kam es im Königshütter Gerichtsgebäude zu einem blutigen Zwischenfall. Nach einer stattgefundenen Verhandlung wegen einer Familienstreitigkeit, schlug ein gewisser Stanislaus Kostyra aus Bismarckhütte auf den als Zeugen aufgetretenen Emanuel Jesusek gleichfalls aus Bismarckhütte mit einem Stock ein und verletzte ihn erheblich am Kopf. Blutüberströmt blieb J. liegen und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.. Gegen den rabiaten Gegner wurde ein Protokoll aufgenommen. m.

Wieder eine Diebin am Werk. Frau Pauline Gorecki von der ulica Ligota Gornicza 51, schickte ihr 9jähriges Mädchen mit einem 20-Zlotyschein zum Fleischermeister um Waren. Unterwegs wurde das Kind von einer unbekannten Frau angehalten und die ihr erklärte, daß sie zunächst im Auftrage der Mutter zu ihr ein Quantum Eier kaufen soll. Nichtsahnend gab das Kind der fremden Frau das Geld womit sie in einem dunklen Hausflur verschwand. Es wird auf Grund dieser zunehmenden Fälle notwendig sein, daß die Eltern ihre Kinder über das Verhalten beim Erscheinen solcher betrügerischer Frauen informieren. m.

Großer Geldverlust. Der, an der ulica Niedurnego wohnhafte Paul Böhm, verlor auf der gleichnamigen Straße einen Betrag von 369 Dollar. Trotz sofortigem Suchen konnte das Geld nicht mehr gefunden werden. m.

Fahrradmarder. Johann Szydlowski aus Godullahütte meldete bei der Polizei, daß er beim Besuch des Königshütter Arztes Dr. Stawinski sein Stahlroß im Warteraum zurückließ. Als er wiederkam, war das Rad verschwunden. S. erleidet einen Schaden von 250 Zloty. m.

Sie wollte billig einkaufen. Im Geschäft von Friedrich Fuchs an der ulica Wolnosci versuchte eine gewisse Anna B. aus Schwientochlowitz eine lederne Handtasche zu entwenden. Ihr Vorhaben wurde aber von anderen Käufern bemerkt und die Ladenbesitzerin aufmerksam gemacht. Die herbeigerufene Polizei brachte die Diebin auf die Wache. m.

Ein rabiater Staatsbeamter. Der Staatsbeamte Herr Rasinski, von der ulica Gymnasyalna 69, teilt uns mit, daß die Angaben im Artikel unter obigem Titel im Volkswille Nr. 148, nicht der Wahrheit entsprechen.

Keine verbilligten Kredite mehr zum Aufstocken von Häusern. Trotzdem durch die Gewährung von verbilligten Krediten seitens der Stadt die Wohnungsnot in Königshütte etwas gemildert wurde, und mehrere Hundert von Wohnungen geschaffen wurden, kann dieser eingeleiteten Aktion nicht mehr weiter Rechnung getragen werden. Wegen der schlechten Finanzlage der Stadt, muß die weitere Gewährung verbilligter Kredite bis auf weiteres unterbleiben und außer Kraft gesetzt werden. Wenn auch dieser Schritt nicht sehr am Platze ist, so ist er doch eine Notwendigkeit der gegenwärtigen Zeit geworden. Hinzu kommt noch, daß das Fehlen von Baugeldern sich auch bei den Privaten sehr stark bemerkbar macht und darum eine geringe Bautätigkeit im allgemeinen in der Stadt vorhanden ist. Wenn auch im Grunde genommen keinen Anträgen Rechnung getragen wird, so hatte der Wohnungsbauausschuß in seiner gestrigen Sitzung einem früheren Antrage des Hausbesitzers Adam Jonczyk statttgegeben und ihm einen Betrag von 20 000 Zloty bewilligt und der nach Prüfung durch die Stadtsparkasse zur Auszahlung kommen soll. Ein weiterer früher gestellter Antrag um Gewährung der gleichen Summe eines gewissen Friedmann wurde nicht nachgekommen, weil bei der Aufnahme von Mietern und Mietsfestsetzung den Bedingungen nicht entsprochen wurde. Eine nochmalige Feststellung soll an Ort und Stelle getroffen werden. Durch diese Umstände, dürfte der vorhandene Wohnungsausschuß für lange Zeit nicht mehr zu Sitzungen zusammen kommen. m.

Chorzow. (Die Leiter als Einbrecherhilfsmittel.) In der Nacht zum 19. d. Mts. stellten unbekannte Täter eine Leiter nach dem offenen Fenster der Wohnung des Theodor Majer in Chorzow auf und stahlen aus dem Zimmer u. a. 1 goldene Herrenuhr, 1 silbernes Zigarettenetui, 1 goldenen Damenring, sowie einen kleineren Geldbetrag. Der Gesamtschaden wird auf 3000 Zloty beziffert. r.

Siemianowitz

Belegschaftsversammlung in der Fitznerschen Kesselfabrik

Am Dienstag wurde von den Arbeitern der Kesselfabrik Fitzner eine Vollversammlung abgehalten. Die wichtigsten Punkte waren Stellungnahme zu den erfolgten Kündigungen, sowie der Tarifurlaub.

Die Fabriksdirektion hat am 15. Juli dem größten Teil der Arbeiter die Kündigungen zugestellt. In Frage kommen 164 Mann.

Es wurde dabei keine Rücksicht genommen auf Turnusurlauber, welchen die Kündigungen per Post zugesandt wurden.

Die Direktion hat hierbei die bestehenden Demobilmachungsverordnungen außer acht gelassen, da sie den Demo nicht verständigt hatte. Die Versammelten protestierten energisch gegen das ungesetzliche Vorgehen der Fabriksleitung und haben eine entsprechende Resolution zum Demo entsandt. In der Frage der Urlaubsverweigerung wird an die Fabriksleitung ebenfalls die Forderung auf Gewährung des Tarifurlaubes gestellt, welcher jedem Arbeiter gesetzlich zusteht. Die Arbeiter fordern vom Betriebsrat ein energisches Durchgreifen. Die Versammlung zeichnete sich durch ruhige Sachlichkeit aus.

Achtung Bergarbeiter. Zu den Betriebsratswahlen in Ficinusschacht am 23., 24. und 25. Juli, wählt jeder klassenbewußte Arbeiter in seinem eigenen Interesse die Liste der Freien Gewerkschaften mit der Nr. 2 und den Spitzenkandidaten Helisch, Pyclk und Furlch.

Am Biedaschacht verunglückt. Dem Arbeitslosen Skrzypcyk wurde beim Arbeiten am Biedaschacht durch die Winde der Daumen der rechten Hand abgerissen.

Diebstähle. Dem auf der ulica Matejki wohnhaften Mikolajczyk stahlen unbekannte Diebe aus dem Keller 14 Flaschen Wein und einige Flaschen Bier. Sie haben sich damit ein gemütliches Fest gemacht. — Vier Rassekaninchen wurden dem auf der Fabrikstraße wohnhaften Kalisch aus dem Stalle gestohlen.

Auf der Schmalspurbahn sind durch unbekannte Diebe 50 Schwellen sowie 11 Schienen gestohlen worden. Das ist immerhin ein schwerer Diebstahl und es wird wohl nicht lange dauern, bis man die Liebhaber ausfindig macht.

Konzert zugunsten der Arbeitslosen. Die hiesige Benkkapelle veranstaltet am Sonnabend und Sonntag im Bienhofpark Konzerte, deren Reinertrag den Arbeitslosen zu Gute kommen soll.

Rüstiges Vorwärtsschreiten beim Straßenbau. Auf der Kattowitzer Chaussee, Alfredschacht, gehen die Arbeiten rüstig vom Fleck. Die Unterlage ist bereits befestigt und das Material ist angefahren. Eine starke Höhe mußte abgetragen werden und schaffte einen Ausgleich von 1½ Metern. Jetzt geht man an die Pflasterungsarbeiten. Ohne Schwierigkeiten wird die Straße rechtzeitig fertiggestellt werden.

Myslowitz

Der Lokomotivschuppen am Freiheitsplatz. Seit längerer Zeit werden immer häufiger Klagen darüber laut, daß der Lokomotivschuppen auf dem Freiheitsplatz noch nicht verlegt ist. Der Freiheitsplatz ist der schönste Teil von Myslowitz. Rings um den Platz befinden sich mehrere öffentliche Gebäude, wie das Rathaus, zwei Schulen und viele Wohnungen. Der Rauch, der ständig aus dem Schuppen dringt, verbreitet sich über die ganze Umgegend, verräuchert die Schulen und privaten Wohnungen, deren Fenster in diesen heißen Tagen selbstverständlich offen gehalten werden. Die Bewohner der umliegenden Häuser haben schon mehrere Klagen eingebracht, aber statt dem Uebel ganz abzuhelfen und den Schuppen zu verlegen, hatte man eine Rauchfangvorrichtung gebaut. Nun scheint auch diese nicht mehr in Ordnung zu sein, denn der Rauch dringt immer weiter aus dem nicht genügend geschützten Schuppen heraus. Wenn hier schon nicht die bekannte „Hygjena“ eingreifen will, dann müßte wenigstens die Polizei eingreifen, denn man kann diesen ständigen Rauch nicht mehr vertragen. Man hatte schon einmal geplant, den Schuppen in die Nähe des evang. Friedhofs zu verlegen. Man könnte dies jetzt ausführen und so mancher Arbeitslose würde sich freuen, wieder für kurze Zeit beschäftigt zu werden. —ek.

Ewaldschacht. (Strenge Warnung der Polizei.) Die Polizei von Myslowitz macht nochmals darauf aufmerksam, daß das Baden im Teiche an der Grube Ewaldschacht aufs strengste verboten ist. Wie nachgewiesen wurde, gibt es in diesem Teiche Löcher bis zu 8 Metern Tiefe, aus denen eiskaltes Wasser dringt, was in den meisten Fällen Krampf und Herzschlag hervorrufen kann. Uebertretungen der Polizeivorschriften werden mit strengen Strafen belegt. Am Teiche sind mehrere Warnungstafeln angebracht, die schon von weitem gesehen werden können. —ek.

Rosdzin-Schoppinitz. (Wichtige Gemeindevertretersitzung.) Am Freitag, den 22. Juli, um 6 Uhr abends, findet in Rosdzin-Schoppinitz eine Gemeindevertretersitzung statt. Hierzu macht der Gemeindevorsteher besonders darauf aufmerksam, daß nach § 106 des Dorfgemeindengesetzes auch die Nichtanwesenden den gefaßten Beschlüssen unterliegen. Auf der Tagesordnung stehen diesmal folgende Punkte: Wahl eines Mitgliedes für die Gesundheitskommission, eine Bitte um Steuererlaß, der Vertrag mit der Giesche A.-G., Gebäudesteuer, die endgültige Namenfestsetzung der Gemeinde u. a. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Schwerer Verkehrsunfall. Auf der ulica Bytomska in Schwientochlowitz, und zwar unweit der Restauration Preisner, prallte das Personenauto J. K. 98 220 mit Wucht gegen einen Laternenpfahl. Der Personenwagen wurde zurückgeschleudert und schlug erneut gegen eine Häuserwand. Der Kraftwagen wurde total zertrümmert und mußte mittels Fuhrwerk abgetragen werden. Der Autolenker, Ing. Peter Walcher aus Beuthen, sowie eine gewisse Selma Morcinek aus Königshütte wurden zum Glück leicht verletzt. r.

Bismarckhütte. (10-jähriger Knabe beim Baden ertrunken.) In den Teichen der Deutschlandgrube, und zwar auf der ulica Kaliny in Bismarckhütte, ertrank während des Badens der 10jähr. Schulknabe Gerhard Podemski aus Bismarckhütte. Der Tote wurde aus dem Wasser herausgefischt und in die Leichenhalle des Hüttenspitals der Bismarckhütte überführt. r.

Scharley. (Der tägliche Fahrraddiebstahl.) Aus einem Geschäft auf der ul. Piekarska wurde ein Herrenfahrrad, Marke „Göricke“, Nr. 5 638 389, gestohlen. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt. Dem Fahrradmarder gelang es, unerkannt zu entkommen. r.

Pleß und Umgebung

Schwerer Raubmord zwischen Kamionka—Althammer. Mysteeriöser Leichenfund im Walde.

Am Dienstag wurde in dichtem Strauchwerk im Walde zwischen Kamionka und Althammer eine männliche Leiche im Verwesungszustand aufgefunden. Der Tote trug einen grauen Sportanzug, kurze Hosen und hohe, schwarze Schuhe. Irgendwelche Ausweispapiere wurden nicht vorgefunden. Bei näherer Untersuchung der Leiche stellte man eine Schußverletzung in der Magengegend fest. Eine weitere Schußwunde wies der Tote nach erfolgter Sektion am Kopf auf. Der Tote wurde inzwischen als der 28jährige, verheiratete Josef Strzadal aus der Kolonie Goj bei Mokrau, Kreis Pleß. identifiziert. Die Ehefrau erkannte ihren toten Gatten wieder und gab auf polizeiliches Befragen an, daß dieser am 13. d. Mts. früh gegen 6 Uhr sich aus der Wohnung, unter Mitnahme eines Betrages von 200 Zloty, entfernte. Er erklärte, sich nach Kattowitz zu begeben, um eine Arbeitsmöglichkeit ausfindig zu machen. Strzadal hatte ein Militärbüchlein bei sich, sowie ferner eine Quittung über einen verborgten Geldbetrag von 1000 Zloty. Da weder die 200 Zolty. noch Quittung und Militärbuch vorgefunden worden sind, erscheint ein Raubmord nicht ausgeschlossen, und das umsomehr, als der Tote mit einem Mantel überdeckt worden ist. Ermittelungen nach dem mutmaßlichen Täter sind eingeleitet worden. r.

Rybnik und Umgebung

Gieraltowitz. (Kindesleiche am Friedhof.) Am Gieraltowitzer Friedhof wurde in einem Pappkarton liegend, die Leiche eines Kindes aufgefunden. Als Mutter des Kindes kommt die Anna K. aus Chudow in Frage. Da dem Kinde die Eingeweide heraustraten, liegt zweifellos Kindestötung vor. r.

Niedobschütz. (Es geht nicht ohne Krach.) In dem Restaurant des Karl Szauder in Niedobschütz kehrte ein gewisser Johann Klos aus Chwallowitz mit mehreren Bekannten ein. Er begab sich nach dem Billardzimmer und brach einen Streit vom Zaune, wobei größerer Sachschaden angerichtet wurde. Klos versuchte ferner die Handkassette mit einem Barbetrag sich anzueignen, was jedoch Szauder verhinderte. Schließlich begab sich Klos hinter den Ausschanktisch, um für sich und seine Freunde Gratisbier einzuschenken. Die Polizei hat sich dieses Falles angenommen, um eine Bestrafung herbeizuführen. r.

Sohrau. (Brandstiftung aus Rachsucht.) Die Polizei arretierte den 32jähr. Maximilian Drzazala aus Orzesche, welcher beschuldigt wurde, die Scheune der Anna Dienela in Sohrau in Brand gesteckt zu haben. Der Arretierte gestand die Tat ein und gibt an, aus Rachsucht gehandelt zu haben. r.

Tarnowitz und Umgebung

Warum kein Mehl? Der Magistrat gab gestern bekannt, daß die Arbeitslosen diesmal keine Brotkarten bekommen, da angeblich kein Mehl (!) vorhanden ist. Hoffentlich bekümmern sich die maßgebenden Stellen um Mehl oder Brot, damit die Familien der Arbeitslosen keinen Hunger leiden.

Eine Mutter stirbt. Die Frau des Arbeitslosen Pawluszniski starb im Krankenhaus. Sie hatte die ganze Zeit, infolge der Arbeitslosigkeit des Mannes, gehungert und gebar zudem noch ein Kind und verstarb infolge Schwäche. Sie hinterläßt dem Manne 5 kleine Kinder.

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Menschen aus zweierlei Welten.

Eine den Wesensunterschied zweier Menschen trefflich kennzeichnende Schilderung enthält ein kürzlich erschienenes Buch mit dem Titel „Berufskunde“ (Verlag Bibliographisches Institut Leipzig). Es wird der Unterschied zwischen einem Gewerkschaftsangestellten und einem Unternehmersyndikus (Sekretär) sowie deren Aufgaben richtig dargestellt. Wir geben diese Ausführungen ohne weitere Hinzufügung wieder:

Der Unternehmersekretär:

Er vertritt die Interessen, die nicht die seinen sind. Und er vertritt nicht die Gesamtheit dieser Interessen, die sich zwar oft im Gegensatz zu anderen Volksgliedern, oft aber auch in Gemeinschaft mit ihnen bewegen, sondern er ist ein Spezialist der Zwietracht. Er ist dafür da, Gegensätze auszukämpfen; die populären Seiten ihrer Tätigkeit haben die Unternehmer sich selbst vorbehalten. Von der Tätigkeit des Arbeitgebersyndikus innerhalb des Verbandes merkt die Oeffentlichkeit nichts. Ob der Mann hier zur Vernunft und Versöhnung redet, Ausgleiche zustande bringt, die im Interesse der Allgemeinheit und auch der Arbeitnehmer liegen, das bleibt hinter verschlossenen Türen. Wo er sich sehen läßt, ist er Feind. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, führt der Syndikus pflichtgemäß Geschäfte, die ihn innerlich nichts angehen.

Der Gewerkschaftsangestellte:

Der Gewerkschaftsbeamte dagegen kämpft den Kampf seiner Klasse, führt die Geschäfte seiner Berufskollegen, berät und leitet in Nöten, die er selbst erlitten hat. Die Gewerkschaft ist eine Organisation des proletarischen Klassenkampfes. Das heißt: sie geht den ganzen Menschen an. Der Klassenkampf von unten ist letzten Endes der Kampf um die Menschenwürde, um die Ebenbürtigkeit. Wirtschaftliche und taktische Erfolge haben nur Bedeutung, können nur dauernde Befriedigung der Klassengenossen erreichen, wenn sie dem großen Ziele näher führen . . . Der Proletarier, der als Vertreter seiner Klasse über ihren Bereich hinaustritt, muß sich den Bedingungen des neuen Wirkungskreises anpassen. Er muß sich Wissen aneignen und ein unerschütterliches Vertrauen als Persönlichkeit genießen.

Wieder vom Baum gestürzt. Erst unlängst haben wir über einen schrecklichen Unfall berichtet, den ein 7jähriger Knabe in Kozy durch einen Sturz vom Baume erlitten hat, und heute erfahren wir wieder, daß das 9jährige Mädchen Elisabeth Juraschek in Rybarzowice von einem Lindenbaum auf die Erde fiel und den rechten Oberschenkel gebrochen hat. Man muß eben die Kinder besser überwachen.

Selbstmordversuch. In der Nacht vom 16. Juli, um 11 Uhr nachts, sprang der in Schwarzwasser wohnhafte Invalide Ladislaus Duda, laut Angabe der Polizei, in angeheitertem Zustande (wieso weiß das die Polizei? Anm. d. Red.) mit Selbstmordabsicht von einer Brücke in die Weichsel. Er wurde von Passanten gerettet, erlitt keinen besonderen Schaden an seinem Körper und wurde nach Hause geführt. Ursache der Selbstmordabsicht ist nicht bekannt, aber man kann sich doch denken: Warum springt ein armer Invalide ins Wasser?

Er braucht keine Hilfe. Adolf Gamroth aus Ligota stürzte gestern auf der Komorowitzer Straße von seinem Rade und erlitt mehrere Rißwunden am Kopfe. Als die herbeigeholte Rettungsgesellschaft ihm einen Verband anlegen und in das Spital überführen wollte, verweigerte derselbe sowohl den Verband als auch den Transport mit den Worten: „Ich brauche keine Hilfe“.

Versuchter Einbruch. In der Nacht auf den 18. d. Mts. sind unbekannte Täter durch gewaltsame Oeffnung des Türschlosses in das Vorhaus der Pfarrei in Riegersdorf eingedrungen, begaben sich dann in das Vorzimmer der Pfarrkanzlei im ersten Stock und haben die dort stehende feuerfeste Kasse aufgerissen. Sie wurden durch den soeben erschienenen Pfarrer aufgescheucht und sind ohne irgend welche Spuren zu hinterlassen, durchgegangen. In der Kasse befand sich außer kirchlichen Dokumenten, kein Bargeld.

Gefunden wurden in Bielitz 12 Flaschen Kohlensäure. Diese können auf der Polizei abgeholt werden.

Verloren. Der Chauffeur Friedrich Stenzel, Bielsko, Sobieskistraße 34 wohnhaft, hat auf der Autofahrt Bielitz—Prag seinen von der schlesischen Wojewodschaft ausgestellten Fahrschein verloren. Der Finder wolle es dem Genannten oder der Polizei übergeben.

Unrationelle Aufstellung eines Kiosk. Die Bewohner des Plac Wyzwolenia (Gustaw-Josephyplatz) wurden am Dienstag sehr unangenehm überrascht. Auf diesem Platze, an der Stelle, wo das breite Trottoir ist, wurden Erdaushebungen vorgenommen. Um den Zweck dieser Arbeit befragt, erfuhr man, daß an dieser Stelle ein Kiosk für den jüdischen Invalideyverband errichtet werden soll, und daß der Gemeinderat den Bau an dieser Stelle bewilligt hat. Uns ist zwar von einem solchen Beschlusse des Gemeinderates nicht bekannt, sollte es aber dennoch der Fall sein, so muß doch gefragt werden, wo denn die Herren, die diese Stelle kommissioniert haben damals ihre Augen hatten. Ist doch diese Stelle für einen Kiosk ganz ungeeignet und die Anrainer haben Recht, wenn sie gegen dessen Errichtung an dieser Stelle protestieren. Vor allem macht eine solche Bude inmitten dieses aus städtischen und Verkehrsgründen erbreiteten Trottoirs, einen sehr unstädtischen Eindruck und bildet auch ein Verkehrshindernis. Dann verstellt er den Einwohnern des Hauses, vor dem der Kiosk aufgestellt wird, die Aussicht und schließlich bietet er an dieser Stelle besoffenen Leuten, die bei Nacht vorbeigehen einen Stützpunkt zur Verunreinigung. An dieser Stelle hat Prof. Jansen, als er den Plan für diesen Platz gemacht hat, bestimmt keinen Kiosk vorgesehen und hätte sich gegen dessen Errichtung auch verwahrt. Man gönnt zwar auch den jüdischen Invaliden die Möglichkeit eines Verdienstes, aber das könnte auch auf demselben Platze, an einer anderen Stelle sein. Auf der gegenüberliegenden Seite, in der Parkanlage selbst, knapp am Rande des Trottoirs, wo auch eine Wartehalle für die elektrische Bahn zu errichten wäre, könnte der Kiosk ganz gut stehen, ohne daß die Anlage dadurch leiden müßte. Den Wünschen der dortigen Bewohner wäre daher nachzukommen und die Bausektion, die ermächtigt ist, während der Ferien selbständig Beschlüsse zu fassen, möge ihren seinerzeitigen Beschluß revidieren und ändern. Der nachträglichen Genehmigung des Gemeinderates kann sie sicher sein. Auch die Invaliden hätten unserer Ansicht nach, nichts dagegen. So wäre allen recht getan. Also weg mit dem Kiosk vom Trottoir!

Nicht rasten, Genossen!

Es war wohl schon immer so, daß in den heißesten Sommermonaten ein kleiner Stillstand in der Tätigkeit unserer Organisationen eingetreten ist und insbesondere das Versammlungswesen auf ein Minimum beschränkt wurde. Das ist verständlich. Das Leben des Arbeiters bietet so wenig Freudvolles, gibt ihm so selten Gelegenheit, Schönes zu genießen, daß er, wenn die Gelegenheit vorhanden ist, von der Ueberfülle der Natur zu erhaschen sucht, was sich erhaschen läßt. Nach durchgearbeitetem oder durchgesorgtem Tage einige freie Stunden draußen in der Stille des Sommerabends zu verbringen, am freien Sonntag hinauszuwandern in Berg und Wald — es ist das allernatürlichste Sehnen d. Arbeitsmenschen, dessen Erfüllung ihm niemand versagen möchte. — So begreiflich dieses Verlangen, so verständlich der Wunsch nach seiner Befriedigung ist — eines muß feststehen für die Funktionäre der Arbeiterbewegung: Die Organisationsarbeit darf darüber nicht vernachlässigt werden. Drei Sonntage für Dich, Vertrauensmann! Aber der vierte muß der Organisation gehören. Versammlungen müssen auch in den Sommermonaten abgehalten werden, damit der Kontakt zwischen Partei und Mitgliedschaft sich keine Minute lockere und alle, die sich zu uns bekennen, ständig informiert sind über politische und wirtschaftliche Geschehnisse. Die Zeitung allein tut es nicht. Unsere Mitglieder müssen Versammlungsreden hören, müssen die Möglichkeit haben, zu diskutieren und sich in Versammlungsdebatten auszusprechen. Sie müssen auch während des Sommers immer wieder an die Werbepflicht gemahnt werden und neue Anregungen für ihre Arbeit draußen bekommen. — Wohl nie war eine Zeit bedeutungsvoller für die Arbeiterklasse, als es die gegenwärtige ist. Weisen wir hinüber nach Deutschland, wo ein Wahlkampf gekämpft wird, wie wir ihn erbitterter, begeisterter noch nicht gesehen haben. Es geht um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung. Demokratie steht gegen drohende Diktatur, organisiertes Proletariat gegen organisierte Verfechter der kapitalistischen Weltordnung. Was wir drüben in Deutschland sehen, das ist der Anfang des Endkampfes der zwei großen Gesellschaftsschichten, aus dem früher oder später die Arbeiterklasse als Sieger hervorgehen wird. Das „früher“ oder „später“ aber ist das Entscheidende! Vernichtung ihrer Bewegung auf Jahrzehnte hinaus droht der Arbeiterklasse, wenn sie jetzt unterliegt; neuer glänzender Aufstieg, Eintritt in die Aera der Vollendung wirkt ihr, wenn sie jetzt siegreich bleibt.

Welcher klassenbewußte Arbeiter ist nicht mit jeder Faser seines Herzens drüben beim Kampfe unserer reichsdeutschen Genossen!? Wer bangt, wer hofft nicht mit der deutschen Arbeiterklasse!? Wir stehen zum Kampfe des deutschen Proletariats, wir kämpfen mit ihm, indem wir das Feuer der Begeisterung für seinen Kampf in unseren Reihen voll entfachen! Darum gerade jetzt Organisationsarbeit, Versammlungstätigkeit, straffere Organisation, die Reihen fester schließen und bereitstehen! Krise, Hunger rütteln an den Nerven unserer Vertrauensmänner, unserer Braven draußen exponierter Front, aber gerade sie dürfen nicht versagen, denn ärger als das, was wir jetzt durchleben, würde sich gestalten, was einem Kapitulierenmüssen der Arbeiterklasse vor dem Faschismus folgen würde. Die Größe der Zeit erkennen, Genossen! Ueber die Sorgen, die uns der Alltag aufbürdet, hinwegblicken in das Gebrodel politischer und wirtschaftlicher Weltereignisse! Die Erkenntnis der Größe der Zeit erfüllt uns mit Erkennen der Größe unserer Aufgaben. — Trotz Krise, trotz Sommerszeit, keinen Stillstand in unserer Arbeit eintreten lassen, denn: bereit sein ist alles! Heute mehr denn je!

Symbol der Zusammengehörigkeit.

Vierzig Geistliche mittleren und eines höheren Ranges und ein Erzbischof haben dem toten Bata das Geleit zum Grabe gegeben. 41 Vertreter der Kirche haben am Sarge des Großindustriellen Bata das kirchliche Zeremoniell besorgt. 41 Geistliche haben die Totengebete gesprochen und die Seele des toten Schuhkönigs der Gnade ihres Allerhöchsten empfohlen. Wahrlich — die Kirche hat diesen ihren Sohn würdig von der Welt verabschiedet.

Die Augen sehender Menschen aber gleiten hinweg von dem prunkvollen Kondukt dieses Toten zu dem letzten Gang jener Kinder der Mutter Kirche, die mit irdischen Gütern weniger reich gesegnet waren als Thomas Bata. Sie sehen den armseligen Leichenzug jener vor sich, die wohl immer treue Diener, bedingungslose Gläubige ihrer Kirche waren, die aber so arm und elend verstorben sind, wie sie gelebt haben. Vor ihrem Sarge schreitet kein Geistlicher, es sei denn, daß seine Angehörigen doch die Mittel aufgebracht haben, die geistliche Begleitung nach Vorschrift zu bezahlen. An ihrem Grabe werden keine Weihereden, keine langen Gebete gesprochen. Kurz und monoton leiert der Geistliche — jedes Wort nach der Taxe berechnend — sein Gebet herunter. Das Begräbnis eines armen Menschen. Und wer macht viel Worte um das Leben und Sterben eines Armen! Die Kirche fühlt sich dazu nicht berufen. Sie, die Mammonsverächterin, die eher ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen, als einen Reichen in den Himmel kommen läßt, sie rückt aus mit einer ganzen Kompagnie ihrer Angestellten in Wichs und Gala, wenn es gilt, einen Reichen zur letzten Ruhestätte zu führen. Ein oder gar kein Geistlicher am Grabe des braven Arbeiters, der sein Leben lang gekämpft und gelitten, gedarbt und gebetet hat — vierzig Geistliche am Sarge eines Kapitalisten, der sein Lebtag so gelebt, wie seine reichen Geldmittel ihm zu leben erlaubt haben. Das ist das wahre Antlitz der Kirche. Offener kann sie ihre Verbundenheit mit dem Kapitalismus kaum kundtun Der Aufmarsch der 41 Geistlichen am Grabe Batas wirkt symbolisch für die Zusammengehörigkeit der kirchlichen Macht mit der kapitalistischen Geldmacht. Bata war einer der ihren, nicht weil etwa sein Lebenswandel außerordentlich fromm gewesen ist, sondern weil er ein Mächtiger des Kapitalismus war und weil das letzte Geleite, das ihm die Kirche gab, reichlich bezahlt wurde. Gebt ihnen Geld — und sie erweisen euch die höchsten kirchlichen Ehrungen. Zeigt ihnen eure bittere Armut und sie zeigen euch ihre Geringschätzung. Das sind die Nachfolger dessen, der einst die Geldwechsler mit der Peitsche aus dem Tempel gejagt — — —

Arbeiter-Abstinentenecke

Victor Adler zu den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft!

„Ich spreche zu Ihnen nicht als Personen und nicht Ihr persönliches Heil und Ihre persönliche Gesundheit sind das Objekt meiner Erwägung, sondern ich spreche zu Ihnen in Ihrer Rolle als Vertrauensmänner, als Erzieher der Arbeiterschaft. Wenn Sie die Arbeiterschaft dem Alkohol entfremden, wenn Sie sie erobern wollen, für eine gesunde, reinliche, menschliche Lebensweise, dann können Sie das nicht durch das Beispiel, das Ihre Mäßigkeit gibt, sondern nur durch die Abstinenz. Meine Waffe gegen den Alkohol ist dieses Glas Wasser, das ich vor mir habe, und wer diese Waffe nicht zur Verfügung hat, ist im Kampf gegen den Alkohol wehrlos. Wohl, Sie trinken nur ein Glas. Aber dieses eine Glas macht Sie wehrlos im Kampf gegen den Alkohol und kein Mensch in Ihrer Werkstätte hört mehr auf Ihr Wort, wenn Sie ihn dem Alkohol abwenden wollen, weil er immer das Argument gegen Sie hat: Er trinkt ja selber. Wenn Sie den Kampf wirksam führen wollen, wenn Sie es als Ihre Pflicht ansehen, ihn zu führen, müssen Sie ganze Abstinenten sein. Und Sie werden nichts dabei verlieren, wohl aber werden Sie an Selbstachtung, an Sicherheit und Festigkeit, an Selbstbeherrschung weit mehr gewinnen und an Klarheit des Kopfes, die auch gar nicht zu zu verachten ist.“ — (Referat auf dem 5. österreichischen Gewerkschaftskongreß, Wien 1907).

Wo die Pflicht ruft!“

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Donnerstag, den 21. Juli, um 4 Uhr nachm. Handballspieltraining, um 7 Uhr abends Theaterprobe v. Jugendspiel.

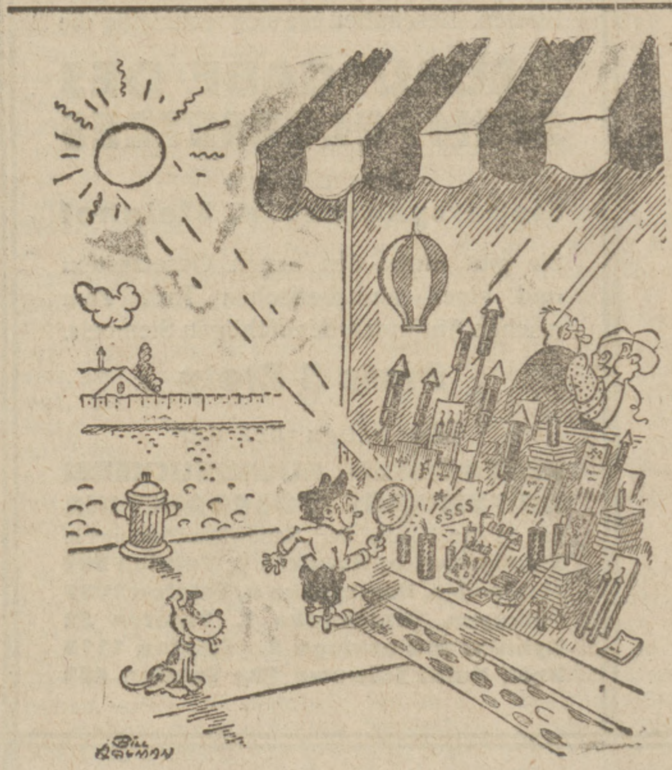
Sonntag, den 24. Juli, um 5 Uhr früh Badetour nach Pietrzykowice. Arbeitslose haben um 50 Prozent ermäßigte Bahnspesen. Die Vereinsleitung.

Altbielitz. Am Donnerstag, 21. Juli, findet um 7 Uhr abends im Gasthaus des Herrn Andreas Schubert in Altbielitz, die fällige Vorstandssitzung des soz. Wahlvereins „Vorwärts“ statt, zu welcher sämtliche Vorstandsmitglieder, soz. Gemeindevertreter, Hilfskassierer und Vertrauensmänner freundlichst eingeladen werden.

Verein jugendl. Arbeiter Kamitz. Am Sonntag, den 31. Juli 1932 veranstaltet obengenannter Verein im Garten des Gemeindegasthauses in Kamitz sein **20jähr. Bestandsfest** zu welchem alle Genossen und Genossinnen sowie Freunde und Gönner auf das herzlichste eingeladen werden. Eintritt 50 Groschen pro Person. Beginn 2 Uhr nachm. Außerdem findet ein Preiskegelschieben am 17., 24. und 31. Juli l. J. statt. Sämtliche Brudervereine werden ersucht, sich diesen Tag freizuhalten. Der Festausschuß.

Waldfest der „Freien Turnerschaft“ Nikelsdorf. Am Sonntag, d. 24. Juli veranstaltet obiger Verein aus **Anlaß des 5jährigen Bestandes** auf dem **Olgablick** in Ober-Ohlisch ein **Waldfest.** Zu diesem Fest hat der Arbeiter Turn- und Sportverein „Vorwärts“ aus Bielitz sowie der A. G. V. „Eintracht“ Nikelsdorf seine Mitwirkung zugesagt. Das Programm verspricht daher recht abwechslungsreich zu werden. Alle Genossen und Freunde des Vereins werden zu diesem Fest herzlichst eingeladen. Im Falle ungünstiger Witterung findet das Fest den nächstfolgenden schönen Sonntag statt.

Voranzeige. Die Vereine jugendl. Arbeiter veranstalten am 21. August l. J. in Lipnik (2 Minuten oberhalb dem Jägerhaus) ein Bezirksjugendtreffen zu welchem schon jetzt alle Parteigenossen und Mitglieder der Gewerkschaften sowie aller soz. Kulturvereine herzlichst eingeladen werden. Sämtliche Organisationen werden ersucht an diesem Tage keine Festlichkeiten zu veranstalten und sich an diesem Treffen zu beteiligen. Das Komitee.



Das Brennglas

Schießerei zwischen Kommunisten und Polizei

Ein Toter.

Berlin. Am Cottbuser Damm hielten kurz nach Mitternacht etwa 200 Kommunisten einen Straßenbahnwagen und einen Omnibus an, zwangen die Fahrgäste zum Aussteigen und versuchten, die Wagen umzuwerfen. Als ein Ueberfallkommando erschien, wurden die Beamten aus der Richtung der Schönleinstraße unter starkes Pistolenfeuer genommen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Einer der Demonstranten erhielt einen Brustschuß, an dem er kurz darauf im Urban-Krankenhaus verstarb. Die Ruhe konnte wieder hergestellt werden. Im übrigen Stadtgebiet herrscht zur Zeit noch völlige Ruhe.

Der Präsident von Uruguay zurückgetreten

Buenos Aires. Der Präsident von Uruguay ist im Zusammenhang mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und Argentinien zurückgetreten.

Schweres Verkehrsunglück in Mexiko

15 Tote, 20 Schwerverletzte.

Mexiko-Stadt. Bei dem Zusammenstoß eines vollbesetzten Straßenbahnwagens mit einem Eisenbahnzug wurden 15 Personen getötet und 20 schwer verletzt.

Vermischte Nachrichten

Weibsteufel.

In dem Bukarester Stadtteil Colentina wurde eine aus Siebenbürgen stammende Ungarin Maria Nagy von der Polizei verhaftet, weil sie ihren Mann länger als ein Jahr in einem Käfig gefangen gehalten und unmenschlich gequält hat. Nagy, der von Beruf Maurer war, wurde vor zwei Jahren infolge einer starken Erkältung arbeitsunfähig. Eine Gliederlähmung fesselte ihn schließlich ganz ans Bett. Seine Frau ging nun mit einem Untermieter ein Liebesverhältnis ein, das sie dem Kranken nicht einmal verheimlichte. Als Nagy eines Tages Einspruch erhob, wurde er von seiner Frau und ihrem Liebhaber so furchtbar geschlagen, daß er taub wurde. Schließlich sperrte das bestialische Weib den Mann in einen von ihrem Liebhaber hergestellten Käfig ein, wo sie ihn im buchstäblichen Sinne des Wortes lebendig verfaulen ließen. Fast dreizehn Monate lang lag der Kranke in seinem Verließ, Nahrung bekam er selten, um so mehr aber Prügel. Erst als die Polizei durch eine Anzeige auf die Vorgänge in der Wohnung Nagys aufmerksam wurde, konnte der unglückliche Mann, in Lumpen gehüllt, von Ungeziefer zerfressen und halb vertiert und verhungert aus seinem furchtbaren Gefängnis befreit werden. Als die Polizei die Frau und ihren Geliebten abführte, mußte sie große Anstrengungen aufbieten, um die beiden Unmenschen vor der Lynchjustiz der empörten Menge zu schützen.

Was mancher nicht weiß.

In England hat kürzlich die Verhängung der Todesstrafe über einen sechzehnjährigen Knaben zu einer lebhaften Agitation geführt, die untere Altersgrenze für die Todesstrafe herabzusetzen. Tatsächlich ist in England seit fünfzig Jahren kein Jugendlicher unter achtzehn Jahren hingerichtet worden, und auch der kürzlich verurteilte ist inzwischen zu Zuchthaus begnadigt, aber es wird gewünscht, das Gesetz mit der Praxis in Einklang zu bringen, und zwar gehen vielfach die Wünsche dahin, das Alter bis auf einundzwanzig Jahre vorzurücken. Das heutige Gesetz ist ein Ueberbleibsel aus alten Tagen, als die Verbrecher keine Gnade zu erwarten hatten und selbst verhältnismäßig geringfügige Verbrechen mit dem Tode bestraft wurden. Einer der damaligen Richter, der ein Kind zum Tode verurteilte, bemerkte, daß es verhängnisvoll sein würde, wenn der Gedanke Verbreitung gewänne, daß Kinder straflos Verbrechen begehen können.

Die Neuyorker, deren Lieblingsgetränk früher der Tee war, haben sich jetzt dem Kaffee zugewandt. An vielen Stellen, wo bisher Teepackereien waren, sind heute Kaffeeröstereien eingerichtet, und zwar im großen Stil. Es gibt



In der Wirtschaftskrise

Der Stillebenmaler nimmt sein Mittagessen.

(Nebelspalter.)

Kaffeeröstemaschinen, die 130 Kilo Kaffee auf einmal rösten und in der täglich etwa 4000 Kilo Kaffee geröstet werden können. Wenn man berechnet, daß aus jedem Kilo 100 Tassen Kaffee bereitet werden können, kann eine einzige Röstmaschine jeden Tag das Material für 400 000 Tassen Kaffee liefern.

Der Name Sphinx ist nicht ägyptischen, sondern griechischen Ursprungs. Als Herodot nach Aegypten kam und das große Steinbild mit Löwenkörper und Menschenkopf sah, das in der Nähe der Pyramiden lag, fand er, daß es den griechischen Sphinxen ähnlich sei, wie die Bildhauerkunst sie darstellte, und gab ihm daher diesen Namen. Die große ägyptische Sphinx stellte aber in der Tat den Sonnengott dar.

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Freitag, den 22. Juni. 12,45: Schallplatten. 15,30: Verschiedenes. 16,35: Nachrichten. 17: Konzert. 18: „Krechowce". 18,20: Leichte Musik. 19,15: Verschiedenes. 19,35: Funkzeitung. 20: Sinfoniekonzert. 20,45: Feuilleton. 21,50: Funkzeitung. 22: Tanzmusik und Sportfunk.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Freitag, den 22. Juli. 6,20: Konzert. 11,30: Konzert. 15,35: Ein Nachmittag bei den Buhnen-Indianern. 15,50: Das Buch des Tages. 16,05: Stunde der Frau. 16,30: Konzert. 17,30: Der Dichter als Stimme der Zeit. 18: Verschiedenes. 18,50: Schallplatten. 19,30: Wetter und Schlesische Anekdoten. 20,30: 11. Deutsches Sängerbundesfest in Frankfurt. 21: Abendberichte. 21,10: Konzert. 22,45: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 23: Tanzmusik. — In der Pause: Die tönende Wochenschau.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Michalkowitz. Am Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 5 Uhr, findet im bekannten Lokal eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt statt. Referent Genosse Matzke. **Mitgliedsbücher sind mitzubringen.**

Bergbauindustriearbeiterversammlungen

Sonntag, den 24. Juli 1932.

Lipine. 9½ Uhr vorm. bei Mucha. Referent zur Stelle.
Gieschewald. 9½ Uhr bei Hersko. Referent zur Stelle.
Rydultau. 9½ Uhr im bekannten Lokale. Ref. zur Stelle.
Niedobschütz. 2 Uhr nachm. im bekannten Lokale. Referent zur Stelle.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Ohne Buch kein Eintritt.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Donnerstag, den 21. Juli: Probe zur Antikriegsfeier.
Freitag, den 22. Juli: Lieder-Abend.
Sonnabend, den 23. Juli: Ernster Abend.
Sonntag, den 24. Juli: Fahrt.

Touristenverein „Die Naturfreunde".

Wanderprogramm für den Monat Juli 1932.

24. Juli: Botanische Führung durchs Jamnatal. Abmarsch 6 Uhr früh vom Volkshaus.

31. Juli: Preißwitz. Abmarsch früh 4 Uhr vom Volkshaus. Vorgesehen ist Rückfahrt ab Nowa-Wies. Nähere Einzelheiten hierzu werden bei den Unterhaltungsabenden besprochen.

Freie Radfahrer Königshütte!

Ausfahrten im Monat Juli 1932.

Sonntag, den 24. Juli: Botanischer Ausflug mit Bund für Arbeiterbildung.

Sonntag, den 31. Juli: Fahrt nach Deutsch-Oberschlesien. Alle Abfahrten erfolgen um 6 Uhr früh, vom Volkshaus.

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Sonnabend, den 23. d. Mts., abends 6½ Uhr, im Zentralhotel Kartellsitzung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Delegierten ersucht, vollzählig zu erscheinen. Eine Stunde vorher Vorstandssitzung.

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Die Delegierten des Bergbauindustriearbeiterverbandes von Kattowitz werden für Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, zu einer Vorbesprechung nach Kattowitz, Zentralhotel (Zimmer 23), eingeladen.

Bismarckhütte. (Volkschor „Freiheit".) Sonntag, den 24. Juli, Ausflug nach dem Jamnatal. Sammeln und Abmarsch früh ½7 Uhr vor der Villa Scherff. Für die Fahrt nach Emanuelssegen am 31. Juli steht ein Rollwagen dem Verein zur Verfügung. Meldungen zur Fahrt sind recht bald beim Vorsitzenden zu tätigen.

Königshütte. (Volkschor Vorwärts.) Am Freitag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus (Vereinszimmer), eine Mitgliederversammlung des Volkschor „Vorwärts" statt. **Mitgliedsbücher sind mitzubringen.**

Siemianowitz. (Freie Sänger.) Am Sonnabend, den 23. d. Mts., wichtige Probe zur üblichen Stunde. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Siemianowitz. (Malerverband.) Am Sonnabend, den 23. d. Mts., 6 Uhr abends, im Lokal Kozdon Versammlung. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. (Botanischer Ausflug.) Am Sonntag, den 24. d. Mts., Abmarsch 6 Uhr früh, vom Volkshaus. Um dieselbe Zeit und vom gleichen Ort fährt auch der Rollwagen. Da noch einige Plätze frei sind, können sich Interessenten die mitfahren wollen, noch melden. Fahrpreis ist mit 1.10 Zloty pro Person berechnet.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Karl Pielorz, Murcki. Verlag und Druck: „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice. ul. Kościuszki 29.